

ANDREAS BETZELT

Anspruchskonkurrenz bei grenzüberschreitendem Lebenssachverhalt

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

514

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

514

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:
Holger Fleischer und Ralf Michaels



Andreas Betzelt

Anspruchskonkurrenz bei
grenzüberschreitendem Lebenssachverhalt

Mohr Siebeck

Andreas Betzelt, Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Athen (Griechenland); Referendariat am Landgericht Heidelberg; 2023 Promotion (Heidelberg); Richter auf Probe beim Land Baden-Württemberg.
orcid.org/0009-0000-8396-8698

ISBN 978-3-16-162775-0 / eISBN 978-3-16-162805-4
DOI 10.1628/978-3-16-162805-4

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Für Laura

Vorwort

Die Juristische Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg hat die vorliegende Arbeit im Sommersemester 2023 zur Promotion angenommen. Literatur und Rechtsprechung habe ich bis Dezember 2022 berücksichtigt.

Mein Dank gebührt zuvörderst meinem Doktorvater, *Prof. Dr. Marc-Philippe Weller*. Seine Vorlesungen, insbesondere zum Internationalen Privatrecht, haben mich bereits während des Studiums begeistert. Mit seiner unkomplizierten und offenen Art schafft er an seinem Lehrstuhl – gerade auch für externe Doktorandinnen und Doktoranden – eine Atmosphäre des intellektuellen Austausches, von der ich in fachlicher und persönlicher Hinsicht sehr profitiert habe. *Prof. Dr. Andreas Piekenbrock* danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die konstruktive inhaltliche Auseinandersetzung mit meiner Arbeit. *Prof. Dr. Christoph A. Kern, LL.M. (Harvard)* danke ich für die sehr engagierte und keinesfalls selbstverständliche Unterstützung zu Beginn meiner Promotionszeit und die Übernahme des Prüfungsvorsitzes zu ihrem Ende. Den Herausgebern danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht. Dank gebührt auch der *Konrad-Adenauer-Stiftung* für die Förderung sowohl meines Studiums als auch meiner Promotion und der *Studienstiftung ius vivum* für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

Ich danke darüber hinaus meinen Heidelberger Studienfreundinnen und Studienfreunden und jenen, die ich während des Referendariats, der Promotionszeit und des Berufseinstiegs dazugewinnen konnte. Aufgrund ihres besonderen Beitrags zum Gelingen dieser Arbeit seien nur *Gabriel Lipps* und *Dr. Alexander Urhahn*, der diese Arbeit gegengelesen hat, namentlich hervorgehoben.

Ganz besonders danke ich schließlich meiner Familie. Zum einen meinen Töchtern, die mich mit ihrem Lächeln, ihrer Lebensfreude und ihrer Neugier jeden Tag aufs Neue inspirieren. Zum anderen meiner Frau, ohne deren Geduld und Fürsorge ich diese Arbeit und unzählige weitere Dinge in meinem Leben nicht gemeistert hätte. Meiner Frau ist dieses Buch gewidmet.

Heidelberg, im September 2023

Andreas Betzelt

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIV
Einführung.....	1
1. Teil: Die Anspruchskonkurrenz bei deutschen Inlandssachverhalten	15
§ 1 Historische Entwicklung der Konkurrenzlehre	15
§ 2 Begriff und Methodik der deutschen Anspruchskonkurrenz	31
§ 3 Theorie der Anspruchsnormenkonkurrenz	50
§ 4 Ergebnisse zum ersten Teil.....	61
2. Teil: Das Konkurrenzverhältnis im Ausland.....	62
§ 5 Das Konkurrenzverhältnis bei französischen Inlandssachverhalten	62
3. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im Unionsrecht.....	79
§ 6 Anspruchskonkurrenz im europäischen Internationalen Privatrecht.....	79
§ 7 Anspruchskonkurrenz im europäischen Internationalen Zuständigkeitsrecht	128
§ 8 Ergebnisse zum Unionsrecht	198

4. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im autonomen Recht.....	199
§ 9 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Privatrecht.....	199
§ 10 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht	206
§ 11 Ergebnisse zum autonomen Recht	232
 Schlussbetrachtung.....	 233
 Gesamtergebnisse in Thesenform.....	 235
Literaturverzeichnis.....	237
Sachregister.....	305

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIV
Einführung.....	1
A. Forschungsfrage.....	2
B. Themenbegrenzung und erste Begriffsbestimmungen	4
I. Begrenzung auf vertragliche und deliktische	
Anspruchskonkurrenz	4
1. Begriff des materiellen Anspruchs	5
2. Begriff des prozessualen Streitgegenstands	6
II. Begrenzung auf allgemeine Anknüpfungsregeln im	
Internationalen Privatrecht.....	7
III. Begrenzung auf internationalen Vertrags- und	
Deliktsgerichtsstand	8
C. Forschungsstand und verbleibende Forschungslücke.....	9
I. Zusammenfassung bereits bearbeiteter Forschungsfelder.....	9
II. Verbleibender Forschungsbedarf	10
D. Methode.....	11
E. Gang der Untersuchung.....	12
1. Teil: Die Anspruchskonkurrenz bei deutschen	
Inlandssachverhalten	15
§ 1 Historische Entwicklung der Konkurrenzlehre	15
A. Begriffsentwicklung: Von der Klagenkonkurrenz zur	
Anspruchskonkurrenz	15
I. Die prozessuale Klagenkonkurrenz im römischen Recht.....	15
II. Die materielle Klagenkonkurrenz bei <i>Savigny</i>	16

III. Die Geburtsstunde der Anspruchskonkurrenz	17
1. Windscheids Kritik an Savignys Verständnis der <i>actio</i>	18
2. Windscheids Anspruchsbegriff	18
3. Konsequenzen für die Konkurrenzlehre.....	19
a) Anspruchskonkurrenz im materiellen Recht.....	20
b) Eigenständiger Streitgegenstandsbegriff im Prozessrecht.....	20
B. Entwicklung der Anspruchskonkurrenz im materiellen Recht	21
I. Anspruchskonkurrenz bei <i>Windscheid</i>	21
II. Anspruchskonkurrenz nach Schaffung des BGB.....	21
III. Freie Anspruchskonkurrenz nach <i>Dietz</i>	22
IV. Einwirkende Anspruchskonkurrenz	23
C. Parallelentwicklungen zur Anspruchskonkurrenz im Prozessrecht	24
I. Identität von materiellem und prozessuellem Anspruch in CPO und BGB	24
1. Übernahme von <i>Windscheids</i> Anspruchsbegriff	25
2. Probleme der Gleichsetzung von materiellem Anspruch und Streitgegenstand	26
a) Prozessuale Gründe.....	26
b) Materiell-rechtliche Gründe.....	26
II. Entkopplung des Streitgegenstandsbegriffs.....	28
1. Eingeschränkt prozessuale Streitgegenstandstheorien	28
2. Rein prozessuale Streitgegenstandstheorien	28
a) Zweigliedriger Streitgegenstandsbegriff	29
b) Eingliedriger Streitgegenstandsbegriff.....	29
3. Exkurs: Weitere Streitgegenstandstheorien	30
D. Ergebnisse zur historischen Entwicklung der Anspruchskonkurrenz	30
§ 2 Begriff und Methodik der deutschen Anspruchskonkurrenz	31
A. Positive Voraussetzung: Ansprüche aus demselben Lebenssachverhalt.....	32
I. Derselbe Lebenssachverhalt.....	32
1. Abhängigkeit der Konkurrenzlehre vom Begriff des Lebenssachverhalts	33
2. Abhängigkeit des Begriffs des Lebenssachverhalts von der Konkurrenzlehre.....	33
II. Personenidentität auf Gläubiger- und Schuldnerseite	34
III. Gleichrangige Normen mit Geltungsanspruch.....	35
B. Negative Voraussetzung: Keine Gesetzeskonkurrenz	35
I. Begriff der Gesetzeskonkurrenz.....	36

II. Voraussetzungen der Gesetzeskonkurrenz im Strafrecht.....	36
1. Spezialität	37
2. Subsidiarität	38
3. Konsumtion.....	38
III. Voraussetzungen der Gesetzeskonkurrenz im Zivilrecht.....	39
1. Formal-begriffliche Verdrängung.....	39
a) Bedeutung der Tatbestände	39
b) Bedeutung der Rechtsfolgen	40
c) Keine formal-begriffliche Verdrängung zwischen Vertrag und Delikt	41
2. Teleologische Verdrängung.....	42
a) Bedeutung der Tatbestände	42
b) Abschließende Regelung wegen Zweckvereitelungsgefahr	43
c) Keine teleologische Verdrängung zwischen Vertrag und Delikt.....	44
3. Voluntative Verdrängung	44
a) Abgrenzung zur teleologischen Verdrängung.....	44
b) Synonyme der elektiven und alternativen Konkurrenz.....	45
c) Einordnung als Fall der Gesetzeskonkurrenz.....	46
d) Keine voluntative Verdrängung zwischen Vertrag und Delikt.....	46
IV. Zwischenergebnis zur Gesetzeskonkurrenz.....	47
C. Unproblematische Fälle der Anspruchskonkurrenz: Die Anspruchshäufung	47
I. Anspruchshäufung bei divergierender abstrakter Rechtsfolgenbehauptung.....	47
II. Anspruchskonkurrenz bei identischer abstrakter Rechtsfolgenbehauptung.....	48
D. Ergebnisse zu Begriff und Methodik der deutschen Anspruchskonkurrenz	49
§ 3 Theorie der Anspruchsnormenkonkurrenz	50
A. Der materielle Anspruchsbegriff als Ausgangspunkt.....	50
I. Modifikation des materiellen Anspruchsbegriffs.....	50
1. Kritik am Verständnis der Funktion des Anspruchsbegriffs der h. M.	51
2. Kritik innerer Widersprüchlichkeit der herrschenden Konkurrenzlehre.....	52
II. Streitgegenstandsbezogener Anspruchsbegriff als Gegenentwurf	52

1. Durch Person und Leistung individualisierter Anspruchsbegriff.....	52
2. Konsequenz für die Konkurrenzlehre	53
a) Grundsätzlich: Einheitsanspruch	53
b) Ausnahmsweise dennoch Anspruchskonkurrenz	54
3. Konsequenz für Verfügungskonstellationen	54
B. Modifikation des prozessualen Streitgegenstandsbegriffs.....	55
I. Keine gänzliche Gleichstellung von Anspruch und Streitgegenstand	55
II. Materieller Streitgegenstandsbegriff	56
C. Stellungnahme	56
I. Modifikation des materiellen Anspruchsbegriffs.....	56
1. Untergeordnete Bedeutung der Verfügungsfunktion des Anspruchs	57
2. Übergeordnete Bedeutung der Subsumtionsfunktion des Anspruchs	58
3. Fehlende Praktikabilität des neuen Anspruchsbegriffs.....	58
II. Modifikation des prozessualen Streitgegenstandsbegriffs	59
III. Zwischenergebnis	60
D. Ergebnisse zur Theorie der Anspruchsnormenkonkurrenz.....	60
§ 4 Ergebnisse zum ersten Teil.....	61
2. Teil: Das Konkurrenzverhältnis im Ausland.....	62
§ 5 Das Konkurrenzverhältnis bei französischen Inlandssachverhalten	62
A. Konkurrenzverhältnis zwischen Vertrag und Delikt im materiellen Recht	63
I. Stellung der vertraglichen und deliktischen Haftung im Gesetz.....	64
II. Unterschiede zwischen vertraglicher und deliktischer Haftung	64
III. <i>Non-cumul des responsabilités</i> im materiellen Recht.....	65
1. Grundsatz: Vorrang der vertraglichen Haftung.....	67
2. Ausnahmen vom Grundsatz.....	68
B. Konkurrenzverhältnis zwischen Vertrag und Delikt im Prozessrecht	69
I. Funktion der Anspruchsgrundlage im französischen Zivilprozess	69
1. Anspruchsgrundlage und Rechtskraft (<i>autorité de la chose jugée</i>)	70

a) Rechtskraftbeschränkung auf verhandelte Anspruchsgrundlagen	70
b) <i>Non-cumul</i> als materiell-rechtliche Auflösung des Konkurrenzverhältnisses	71
c) Rechtskrafterstreckung auf nicht verhandelte Anspruchsgrundlagen	71
2. Anspruchsgrundlage und Rechtshängigkeit (<i>litispendance</i>).....	72
II. Konkretisierung der Anspruchsgrundlage im französischen Zivilprozess	73
1. Kläger stützt sich auf vertragliche oder deliktische Grundlage	73
2. Kläger benennt weder vertragliche noch deliktische Grundlage	74
3. Prozesstaktik: Primär vertragliche, subsidiär deliktische Grundlage	76
C. Ausblick: Die <i>réforme de la responsabilité civile</i>	76
D. Ergebnisse zu französischen Inlandssachverhalten.....	78

3. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im Unionsrecht..... 79

§ 6 Anspruchskonkurrenz im europäischen Internationalen Privatrecht..... 79

A. Rechtsquellen des europäischen Internationalen Privatrechts	79
I. Die Hierarchie der Kollisionsnormen im europäischen Mehrebenensystem	80
II. Historische Entwicklung des europäischen Internationalen Privatrechts.....	81
III. Autonome und einheitliche Auslegung der unionalen Rechtsquellen	82
IV. Exkurs: Bedeutung und Interpretation der Rechtsprechung des EuGH	83
1. Rechtsprechung des EuGH nur Rechtserkenntnisquelle.....	83
2. Einzelfallbezogene Begriffsbildung durch den EuGH	84
3. Bedeutung der französischen Sprachfassung eines Urteils	85
B. Prinzipien des europäischen Internationalen Privatrechts	86
I. Anknüpfung an den Sitz des Rechtsverhältnisses.....	86
1. Der Begriff des Rechtsverhältnisses bei <i>Savigny</i>	87
2. Perspektivwechsel für das Internationale Privatrecht.....	88

a)	Differenzierung nach „eigenthümlicher Natur“ des Rechtsverhältnisses	89
b)	Ideal der Einheitlichkeit des Rechtsverhältnisses	89
c)	Zweck der Herstellung räumlicher Gerechtigkeit	90
3.	Rechtsverhältnis als heutiger Qualifikationsgegenstand	90
a)	Abhängigkeit des Rechtsverhältnisses vom Sachrecht....	91
b)	Verschiedenheit des Rechtsverhältnisses vom Sachrecht	92
c)	Rechtsverhältnis und grenzüberschreitender Lebenssachverhalt.....	92
II.	Besonderheiten des europäischen Internationalen Privatrechts.....	93
1.	Rechtswahlfreiheit.....	94
2.	Starre Anknüpfungsregeln.....	95
3.	Verdrängung des Prinzips der engsten Verbindung	95
a)	Überlagerung durch materielle Wertungen.....	96
b)	Eingriffsnormen und <i>ordre public</i>	96
c)	Anerkennungsmethode.....	97
III.	<i>Dépeçage</i> des grenzüberschreitenden Lebenssachverhalts	97
1.	<i>Dépeçage</i> als dem Verweisungssystem grundsätzlich immanentes Ergebnis	98
2.	Anwendbare Konkurrenzregel im Fall eines <i>dépeçage</i>	99
a)	Keine Konkurrenzregel außerhalb von Vertrags- und Deliktsstatut.....	99
b)	Vorrang der Konkurrenzregel des Vertrags- oder des Deliktsstatuts?.....	100
c)	Sonderfall übereinstimmender Konkurrenzregeln beider Statute	101
d)	Divergierende Konkurrenzregeln beider Statute.....	101
3.	Rechtsunsicherheit als Folge	101
IV.	Zwischenergebnis	102
C.	<i>Dépeçage</i> zwischen Vertrag und Delikt im Internationalen Privatrecht.....	102
I.	Kein <i>dépeçage</i> bei einheitlicher Qualifikation	103
II.	Kein <i>dépeçage</i> bei Verweisung auf dieselbe Rechtsordnung... 104	
1.	Wahl desselben Rechts für Vertrags- und Deliktsstatut	104
a)	Voraussetzungen der Wahl des Vertragsstatuts	104
aa)	Wirksamer Verweisungsvertrag.....	104
bb)	Exkurs: Vertragsstatutsinterner <i>dépeçage</i>	105
b)	Voraussetzungen der Wahl des Deliktsstatuts	106
aa)	Keine Wahl des Deliktsstatuts <i>ex ante</i> für Verbraucher und Arbeitnehmer	106

bb)Keine Wahl des Deliktsstatuts <i>ex ante</i> durch AGB	107
c) Zwischenergebnis	108
2. Objektiv einheitliches Vertrags- und Deliktsstatut.....	108
III. Kein <i>dépeçage</i> bei akzessorischer Anknüpfung des Deliktsstatuts	109
1. Abgrenzung der beiden Sätze des Art. 4 Abs. 3 Rom II- VO	109
a) Ausnahmevorschrift vs. Regelanknüpfung	109
aa) Art. 4 Abs. 3 S. 1 Rom II-VO als Ausnahmevorschrift	110
bb)Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO als Regelanknüpfung.....	110
b) Räumliche Gerechtigkeit vs. sachrechtliche Harmonie	112
aa) Räumliche Gerechtigkeit gemäß Art. 4 Abs. 3 S. 1 Rom II-VO	112
bb)Verhinderung von Anpassungsproblemen gemäß Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO	113
c) Zwischenergebnis	114
2. Voraussetzungen des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO im Einzelnen	114
a) „Engere Verbindung“ mit anderem Staat	115
b) „Vertrag oder anderes Rechtsverhältnis“	115
aa) „Vertrag“ als vom Sachrecht abhängiger Begriff? ..	116
bb)„Vertrag“ als feststehender internationalprivatrechtlicher Begriff.....	117
c) „Enge Verbindung“ von Vertrag und Delikt.....	117
aa) Sachrechtliches Konkurrenzverhältnis als Kriterium?	118
bb)Einheitlicher Lebenssachverhalt als Kriterium.....	119
d) „Zwischen den Parteien“	120
e) Zwischenergebnis	121
3. Anwendung des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO bei vertraglicher Rechtswahl	121
a) Lösungsvorschläge in der Literatur	121
b) Rechtsauffassung des EuGH in der Rs. <i>Verein für Konsumenteninformation</i>	122
aa) Sachverhalt.....	122
bb)Entscheidung des EuGH	123
c) Stellungnahme	124
aa) Wertung des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO als Ausgangspunkt	124

bb) Keine Überlagerung dieser Wertung durch	
Art. 14 Rom II-VO	125
(i) Kein Ermessen gemäß Art. 4 Abs. 3 S. 2	
Rom II-VO	125
(ii) Keine teleologische Reduktion des Art. 4	
Abs. 3 S. 2 Rom II-VO	125
cc) Schutz des Schwächeren durch Vorschriften der	
Rom I-VO	126
IV. Ergebnis: Kaum verbleibende Fälle des <i>dépeçage</i>	127
D. Ergebnisse zum europäischen Internationalen Privatrecht	127
§ 7 Anspruchs Konkurrenz im europäischen Internationalen	
Zuständigkeitsrecht	128
A. Rechtsquellen des europäischen Internationalen	
Zuständigkeitsrechts	128
I. Hierarchie der Zuständigkeitsnormen im europäischen	
Mehrebenensystem	128
II. Die Entwicklung der Brüssel Ia-VO	129
1. Das EuGVÜ	129
2. Die Brüssel I-VO	130
3. Die Brüssel Ia-VO	131
4. Abgrenzung zum Lugano-Übereinkommen	132
III. Einheitliche Rechtsprechung zu unterschiedlichen	
Rechtsakten	133
B. Prinzipien des europäischen Internationalen	
Zuständigkeitsrechts	133
I. Grundsatz des <i>actor sequitur forum rei</i>	133
II. Besondere Gerichtsstände als Ausnahme vom Grundsatz	134
1. Sach- und Beweisnähe als Zweck der besonderen	
Gerichtsstände	134
2. Abwägung zugunsten des Prinzips der Vorhersehbarkeit ..	135
3. Einschränkende Auslegung der besonderen	
Gerichtsstände?	136
III. Autonomer zuständigkeitsrechtlicher Vertrags- und	
Deliktisbegriff	137
C. <i>Dépeçage</i> zwischen Vertrag und Delikt im Zuständigkeitsrecht ..	137
I. Rs. <i>Kalfelis</i> : Zuständigkeit nur für Klageparteien	138
1. Sachverhalt	138
2. Entscheidung des EuGH	138
a) Zuständigkeit nur für deliktischen Klagepartei	139
b) Abgrenzende Definition des Delikts	139
3. Konsequenzen für die Anspruchs Konkurrenz	140

a) Auf deliktischen Anspruch beschränkte Zuständigkeit	141
b) Bestimmung der Begriffe des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	142
c) Verfahren bezüglich konkurrierender, zuständigkeitsfremder Ansprüche	142
II. Der zuständigkeitsrechtliche Vertragsbegriff	142
1. Die freiwillig eingegangene Verpflichtung als notwendige Voraussetzung	143
2. Erweiterung des autonomen Vertragsbegriffs auf Vertrauenstatbestände?	143
III. Rs. <i>Brogitter</i> : Notwendigkeit der Vertragsauslegung als Abgrenzungskriterium	144
1. Sachverhalt	144
2. Entscheidung des EuGH	145
3. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz	146
IV. Rs. <i>Wikingerhof</i> : Klagestützende Sachnormen als Abgrenzungskriterium	146
1. Sachverhalt	147
2. Entscheidung des EuGH	147
a) Abgrenzungskriterien	148
b) Subsumtion	148
3. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz	149
V. Bezug des EuGH auf klagestützende Rechtsvorschriften	149
1. Einordnung des Kriteriums in die Rechtsprechungslinie des EuGH	150
2. Qualifikation der Rechtsvorschriften im Klägervortrag	151
a) Verstoß gegen den Grundsatz <i>iura novit curia</i>	152
b) Gefahr der Beklagtenbenachteiligung durch willkürlichen Klägervortrag	153
c) Doppelte Zuständigkeitsprüfung widerspricht Zuständigkeitsklarheit	153
3. Kollisionsrechtliche Prüfung im Rahmen der Zuständigkeit	154
a) Kollisionsrechtsprüfung belastet zuständigkeitsrechtliche Vorhersehbarkeit	154
b) Divergierende Zuständigkeiten bei nichtharmonisiertem Kollisionsrecht	155
4. Widersprüchliche Ausführungen des Generalanwalts in der Rs. <i>Wikingerhof</i>	155
5. Zwischenergebnis	156
VI. Ergebnisse zum <i>dépeçage</i> im europäischen Zuständigkeitsrecht	157

D. Rechtskraft und Rechtshängigkeit bei zuständigkeitsrechtlichem <i>dépeçage</i>	157
I. Entgegenstehende Rechtskraft	158
1. Abgeleiteter oder autonomer europäischer Rechtskraftbegriff?.....	158
a) Grundsatz der Wirkungserstreckung	158
b) Partieller europäischer Rechtskraftbegriff in der Rs. <i>Gothaer Allgemeine</i>	159
aa) Sachverhalt.....	159
bb) Entscheidung des EuGH.....	160
2. Rechtskraftbegrenzung aufgrund des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	160
3. Konsequenzen der Rechtskraftbegrenzung für Erst- und Zweitentscheidung	161
a) Tenorierung der Entscheidung eines deutschen Erstgerichts.....	161
b) Entscheidung des Zweitgerichts	162
4. Zwischenergebnis.....	164
5. Exkurs: Ausländische Rechtskraft nach autonomem Recht.....	164
II. Entgegenstehende Rechtshängigkeit	165
1. Konkretisierung des Anspruchsbegriffs gem. Art. 29 Abs. 1 Brüssel Ia-VO	166
a) Rs. <i>Gubisch</i> : Leistungsklage hindert vorgeifliche Feststellungsklage.....	167
b) Rs. <i>Tatry</i> : Negative Feststellungsklage hindert Leistungsklage	168
c) Rs. <i>Mærsk</i> : Konkretisierung des Anspruchsbegriffs.....	169
d) Rs. <i>Aertssen</i> : Rechtshängigkeit eines Adhäsionsverfahrens.....	170
2. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz.....	171
a) Begriff desselben Gegenstands (<i>le même objet</i>)	172
b) Begriff derselben Grundlage (<i>la même cause</i>).....	173
aa) Dieselbe Grundlage bei identischer materieller Anspruchsgrundlage?	174
bb) Dieselbe Grundlage bei teleologisch-funktionell gleichwertigen Anspruchsgrundlagen?	175
cc) Dieselbe Grundlage bei einheitlichem Lebenssachverhalt	176
3. Zwischenergebnis.....	178
4. Exkurs: Ausländische Rechtshängigkeit nach autonomem Recht.....	178
III. Praktische Konsequenzen für die Parteien	179

1. Für die klagende Partei.....	179
2. Für die beklagte Partei.....	180
IV. Ergebnisse zu Rechtskraft und Rechtshängigkeit.....	181
E. Entwurf eines Lösungsmodells.....	182
I. Leitgedanken zur Begriffsbildung für Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO.....	182
1. Begriffsbildung ohne Rückgriff auf die anwendbaren Sachnormen	182
2. Begriffsbildung ohne Beschränkung auf einzelne materielle Ansprüche.....	182
II. Alternativvorschläge aus der Literatur	183
1. <i>Stadler</i> : Kriterium der freiwillig eingegangenen Sonderbeziehung.....	183
2. <i>Hoffmann</i> : Abgrenzung anhand von Leistungs- und Integritätsinteresse	184
III. Verwirklichung über Wertung des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO	185
1. Inhalt der Wertungsübertragung	185
a) Lebenssachverhalt als Abgrenzungskriterium	186
b) Prüfprogramm für Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO.....	186
2. Zulässigkeit der Wertungsübertragung	187
a) Gesamtes inneres Unionsrechtssystem kein geeigneter Wertungsmaßstab	187
b) Verordnungsübergreifende Systematik als Ausgangspunkt	188
c) Übertragbarkeit des Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO in die Brüssel Ia-VO.....	190
d) Vereinbarkeit mit dem Wortlaut des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO	192
e) Wertungsoffenheit des Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO.....	193
3. Vorteile der Wertungsübertragung	194
4. Mögliche Einwände.....	194
a) Unbestimmtheit des Begriffs des Lebenssachverhalts ..	194
b) Vernachlässigung von Beklagteninteressen.....	195
c) Kein Deliktgerichtsstand bei Anspruchskonkurrenz ...	196
IV. Ergebnisse zum Entwurf des Lösungsmodells	197
§ 8 Ergebnisse zum Unionsrecht	198

4. Teil: Grenzüberschreitende Anspruchskonkurrenz im autonomen Recht.....	199
§ 9 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Privatrecht.....	199
A. Anwendungsbereich des autonomen Internationalen Privatrechts	199
I. Vertragliche Rechtsverhältnisse.....	199
II. Deliktische Rechtsverhältnisse	200
B. <i>Dépeçage</i> im autonomen Internationalen Privatrecht	200
I. Wahl desselben Rechts für Vertrags- und Deliktsstatut.....	201
1. Möglichkeit der einheitlichen Rechtswahl.....	201
2. Sachnormverweisung bei Rechtswahl.....	202
II. Objektive Anknüpfung gemäß Art. 40 Abs. 2 und Abs. 1 EGBGB	202
1. Ähnliche Anknüpfungsmomente wie Rom II-VO.....	202
2. Gesamtverweisung im autonomen Internationalen Privatrecht.....	203
3. Konsequenzen für die Anspruchskonkurrenz.....	204
III. Akzessorische Anknüpfung gemäß Art. 41 Abs. 2 Ziff. 1 Fall 1 EGBGB	204
IV. Zwischenergebnis	205
C. Ergebnisse zum autonomen Internationalen Privatrecht	205
§ 10 Anspruchskonkurrenz im autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht	206
A. Anwendungsbereich des autonomen Internationalen Zuständigkeitsrechts	206
I. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Zuständigkeitsrechts	206
II. Doppelfunktionalität der Regelungen zur örtlichen Zuständigkeit.....	207
III. Funktionelle Unterschiede von internationaler und örtlicher Zuständigkeit.....	208
B. <i>Dépeçage</i> im autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht.....	209
I. RG: Besondere Zuständigkeit bei materiellem Streitgegenstandsbegriff	209
II. BGH vor 2002	210
III. Begriff der richterlichen Kognitionsbefugnis	211
1. Kognition als richterlicher Erkenntnisvorgang	211
2. Grundsatz: Kognitionsbefugnis bezüglich des gesamten Streitgegenstands	212

3. Ausnahme: Kognitionsbefugnis bezüglich einzelner Streitgegenstandsteile.....	213
IV. BGH seit 2002	214
1. Vom Kläger vorgetragener Lebenssachverhalt als Beurteilungsgrundlage	215
2. Qualifikation deutscher materieller Ansprüche.....	216
a) Prüfung des § 29 ZPO.....	217
b) Prüfung des § 32 ZPO.....	218
3. Konsequenzen der beschränkten internationalen Kognitionsbefugnis	219
V. Stellungnahme.....	220
1. Widerspruch zum herrschenden Streitgegenstandsbegriff..	220
a) Richterliche Entscheidung und Rechtskraft.....	221
aa) Beispielsfall: „Unaufgeklärte Selbstinjektion“	221
bb) Zweck und Wirkweise der materiellen Rechtskraft	222
cc) Stattgebendes Ersturteil und beschränkte Kognitionsbefugnis.....	223
dd) Abweisendes Ersturteil und beschränkte Kognitionsbefugnis.....	223
b) Entgegenstehende Rechtshängigkeit	225
aa) Zweck und Wirkweise der entgegenstehenden Rechtshängigkeit	225
bb) Entgegenstehende Rechtshängigkeit und beschränkte Kognitionsbefugnis	226
c) Zwischenergebnis	227
2. Widerspruch zur Prozessökonomie.....	228
3. Keine Gefahr der Zuständigkeitserschleichung.....	230
4. Übertragung der Wertung des Art. 41 Abs. 2 Ziff. 1 Fall 1 EGBGB?	230
C. Ergebnisse zum autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht..	231
§ 11 Ergebnisse zum autonomen Recht	232
 Schlussbetrachtung.....	 233
 Gesamtergebnisse in Thesenform.....	 235
Literaturverzeichnis.....	237
Sachregister.....	305

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Auffassung
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union, ebenso für das Amtsblatt ihrer Rechtsvorgängerinnen
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJCL	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
ANr.	Aufsatznummer (bei einigen französischen Zeitschriften)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BeckOGK	beck-online.Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Bek.	Bekanntmachung
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Bull. civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles de la Cour de cassation

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
Cass. ass. plén.	Cour de cassation, assemblée plénière
Cass. civ.	Cour de cassation, chambre civile
Cass. com.	Cour de cassation, chambre commerciale
Cass. crim.	Cour de cassation, chambre criminelle
Cass. req.	Cour de cassation, chambre des requêtes
Cass. soc.	Cour de cassation, chambre sociale
Cc	Code civil
Cc-P	Projet de réforme de la responsabilité civile
chap.	chapitre
Clunet	Journal du Droit International
CMLR	Common Market Law Review
Cornell LR	Cornell Law Review
CPC	Code de procédure civile
CPO	Civilprozeßordnung von 1877
DC	Droit et Culture
ders.	derselbe
dies.	dieselbe; dieselben
Dig.	Digesten
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (European Free Trade Association)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft v. 25.3.1957
ELJ	European Law Journal
endg.	endgültig
Erwgr.	Erwägungsgrund
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHVfO	Verfahrensordnung des Gerichtshofs
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuGVVO	siehe Brüssel Ia-VO
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, aufgelegt zur Unterzeichnung am 19. Juni 1980 in Rom, 80/934/EWG
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
fasc.	fascicule
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
franz.	französisch
FS	Festschrift
g. h. M.	ganz herrschende Meinung
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HBÜ	Übereinkommen vom 10. Oktober 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen
HNr.	Heftnummer
HPfIG	Haftpflichtgesetz
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. H. v.	in Höhe von
i. R. d.	im Rahmen der; im Rahmen des
i. S. d.	im Sinne der; im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
IHR	Internationales Handelsrecht
insb.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
Iura	Rivista internazionale di diritto romano et antico
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter
JCl CC	JurisClasseur Civil Code
JCl Proc. civ.	JurisClasseur Procédure civile
JCP E	La Semaine Juridique – Entreprise et Affaires
JCP G	Juris-Classeur périodique – édition générale; La semaine juridique
JhJb	Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts
JO	Journal officiel de la République française

JPrIL	Journal of Private International Law
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
jurisPR-PrivBauR	juris PraxisReport Privates Baurecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KOM	Kommission
krit.	kritisch
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
L.	Livre
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
LK-StGB	Strafgesetzbuch Leipziger Kommentar
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MPI Lux	Max Planck Institute Luxembourg for Procedural Law Research Paper Series
MschKrim	Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NWVB1	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OGH	Oberster Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
Pouvoirs	Revue française d'études constitutionnelles et politiques
PWW	Prütting/Wegen/Weinrich
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (seit 1927; bis 1960: Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht)
RCA	Juris-Classeur Responsabilité civile et assurances
RD	Recueil périodique et critique mensuel Dalloz
RDC	Revue des contrats
RDIPP	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
Rec. Cours	Recueil des Cours
Rép. DC	Répertoire de droit civil
Rép. DI	Répertoire de droit international
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungssammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungssammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RheinZ	Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozessrecht
RIDC	Revue international de droit comparé
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft

RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“)
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom I“)
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RTDEur.	Revue trimestrielle de droit européen
S.	Satz, Seite
s. a.	siehe auch
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
Si.	Recueil Sirey
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung
sog.	sogenannt
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StAZ	Das Standesamt
StGB	Strafgesetzbuch
TLT	Transnational Legal Theory
TranspR	Transportrecht
u. a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom; von
Verf.	Verfasser
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
vs.	versus
WM	Wertpapiermitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
YEL	Yearbook of European Law
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG RA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte; Romanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend
ZVgIRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess international

Einführung

Anspruchskonkurrenzen¹ treten allein im BGB so zahlreich auf, dass sich ihre große praktische Bedeutung kaum bestreiten lässt.² Am häufigsten stellt sich dabei die Frage nach dem Konkurrenzverhältnis vertraglicher und deliktischer Ansprüche,³ bestimmen doch die Figuren von Vertrag und Delikt den Inhalt des gesamten Vermögensrechts und damit des Privatrechtssystems insgesamt.⁴ Es überrascht daher nicht, dass die Konkurrenz vertraglicher und deliktischer Ansprüche immer wieder Gegenstand umfangreicher Untersuchungen gewesen ist.⁵

Die für das deutsche Recht entwickelten Lösungen zum Umgang mit konkurrierenden Ansprüchen lassen sich jedoch nicht uneingeschränkt auf einen grenzüberschreitenden Lebenssachverhalt übertragen.⁶ Denn ausländische Rechtsordnungen – prominent darunter das französische Recht mit seinem

¹ Zum Begriff der Anspruchskonkurrenz s. u. § 2.

² Siehe stellvertretend für die umfangreiche Literatur allein zum Konkurrenzverhältnis zwischen den §§ 987 ff. BGB und dem Bereicherungsrecht nur Kölbl, EBV, 1971, S. 200 ff.; Coester-Waltjen, AcP 175 (1975), 109, 109 ff.; Michalski, in: FS Gitter, 1995, 577, 609 ff.; Verse, Verwendungen, 1999, S. 8 ff.; Raff, Erhaltungskosten, 2017, S. 445 ff.; A. Zimmermann, Rückforderungsanspruch, 2021, S. 195 ff.

³ So Georgiades, Anspruchskonkurrenz, 1967, S. 81; Schlosser, JURA 1982, 477, 481; G. Bachmann, in: MüKoBGB, 2022, § 241 Rn. 46.

⁴ Vgl. J. Hoffmann, ZZP 128 (2015), 465, 466; zum Systembegriff siehe nur Canaris, Systemdenken, 1983, S. 19 ff.; Larenz, Methodenlehre, 1991, S. 437 ff.; Grigoleit, in: Rechtswissenschaftstheorie, 2008, 51, 66 f.; Höpfner, Auslegung, 2008, S. 3 ff.; Rütters/C. Fischer/A. Birk, Rechtstheorie, 2022, Rn. 139 ff.; zu den Figuren von Vertrag und Delikt vgl. Kegel, Vertrag, 2002, passim; M.-P. Weller, Vertragstreue, 2009, S. 560 ff.

⁵ Siehe nur Dietz, Anspruchskonkurrenz, 1934, passim; Çağa, Konkurrenz, 1939, passim; Michaelis, in: FS Siber II, 1943, 185, 358 ff.; Eichler, AcP 162 (1963), 401, 401 ff.; Helm, Haftung, 1966, S. 285 ff.; Georgiades, Anspruchskonkurrenz, 1967, passim; Deutsch, in: FS Michaelis, 1972, 26, 26 ff.; Schlechtriem, Vertragsordnung, 1972, S. 27 ff.; Katzenmeier, Haftung, 1994, S. 133 ff.; A. Klein, Konkurrenz, 1997, passim; zur Behandlung von Anspruchskonkurrenzen allgemein siehe ferner P. Huber, Irrtumsanfechtung, 2001, S. 177 ff.

⁶ Der grenzüberschreitende Bezug eines Lebenssachverhalts kann sich bspw. aus dem gewöhnlichen Aufenthalt, dem Wohnsitz oder der Staatsangehörigkeit einer Partei ergeben; zum Begriff des grenzüberschreitenden Bezugs siehe R. Magnus, ZEuP 2018, 507, 507 ff.; krit. bzgl. der Begrenzungsfunktion des Begriffs im Internationalen Zuständigkeitsrecht Pfeiffer, Zuständigkeit, 1995, S. 74 Fn. 3.

Grundsatz des *non-cumul des responsabilités*⁷ – verhalten sich zum Konkurrenzverhältnis vertraglicher und deliktischer Ansprüche aufgrund desselben Lebenssachverhalts anders als die deutsche Rechtsordnung.⁸ Es ist im Fall eines grenzüberschreitenden Lebenssachverhalts zumindest theoretisch denkbar, dass ein deutsches Gericht nur für einen – beispielsweise den vertraglichen – Teil des Lebenssachverhalts international zuständig ist oder nur auf einen – beispielsweise den deliktischen – Teil des Lebenssachverhalts deutsches Sachrecht Anwendung findet.⁹ In der Terminologie des Internationalen Privatrechts spricht man dann von einem *dépeçage*.¹⁰

A. Forschungsfrage

Zu Beginn der vorliegenden Untersuchung stand die Idee, das Internationale Zuständigkeitsrecht¹¹ und das Internationale Privatrecht¹² jeweils daraufhin zu befragen, ob sie im Ausgangspunkt den *dépeçage* eines Lebenssachverhalts in

⁷ Siehe dazu unten § 5 A III.

⁸ Siehe rechtsvergleichend zum Konkurrenzverhältnis nur *Schlechtriem*, Vertragsordnung, 1972, S. 36 ff.; *Lohse*, Vertrag, 1991, S. 57 ff.; *R. Zimmermann*, Obligations, 1993, S. 902 ff.; *von Bar*, Deliktsrecht I, 1996, Rn. 413 ff.; *G. Wagner*, in: Deliktsrecht, 2003, 189, 197 f.; *N. Hoffmann*, Koordination, 2006, S. 21 ff.

⁹ Insbesondere dem IPR kommt deswegen eine „Koordinierungsfunktion“ innerhalb des europäischen Mehrebenssystems zu, so *Remien*, *RabelsZ* 62 (1998), 627, 630 ff.; *Metzger*, *Extra legem*, 2009, S. 118.

¹⁰ Vgl. so nur den Begriff des *dépeçage* bei *Lagarde*, *RDIPP* 11 (1975), 649, 649; *Kronke*, *Rechtstatsachen*, 1980, S. 124; *von Hein*, *Günstigkeitsprinzip*, 1999, S. 224; *Mankowski*, in: *FS Spellenberg*, 2010, 261, 262; *Rühl*, *Statut*, 2011, S. 404; *Aubart*, *dépeçage*, 2013, S. 5 ff.; *Symeonides*, *Rec. Cours* 384 (2016), 9, 305 f.; *Mansel*, in: *FS Canaris*, 2017, 739, 748; der Begriff wird bisweilen aber auch enger gefasst, siehe nur *Jayme*, in: *FS Kegel*, 1987, 253, 256; *E. Wagner*, *Statutenwechsel*, 1988, S. 58 ff.; *Kroll-Ludwigs*, *Parteiautonomie*, 2013, S. 49; *M.-P. Weller*, in: *FS Jayme*, 2019, 53, 66 Fn. 95.

¹¹ Gemeint sind mit internationaler Zuständigkeit zuvörderst die die Entscheidungszuständigkeit betreffenden Regelungen, welche bestimmen, über welche Rechtsstreitigkeiten die Gerichte eines bestimmten Staats zu entscheiden haben, weniger dagegen diejenigen Regelungen, die die Voraussetzungen der Anerkennung einer Entscheidung eines ausländischen Gerichts im Inland festlegen; zu dieser Abgrenzung siehe nur *Geimer*, *Gerichtsbarkeit*, 1966, S. 105 f.; *Heldrich*, *Zuständigkeit*, 1969, S. 71; *Basedow*, *Anerkennung*, 1980, S. 66 ff.; *Kropholler*, in: *Handbuch IZVR* I, 1982, Kap. III Rn. 9; *Pfeiffer*, *Zuständigkeit*, 1995, S. 5 f., insb. Fn. 13; *Hau*, *Kompetenzkonflikte*, 1996, S. 15 f.; *Rosenberg/K. Schwab/Gottwald*, *Zivilprozessrecht*, 2018, § 31 Rn. 2; *W. Lücke*, *Zivilprozessrecht* I, 2020, § 6 Rn. 5; *Schack*, *IZVR*, 2021, Rn. 237; *Jellinek*, *Staatsverträge* I, 1953, S. 26 f., spricht aus Sicht der Gerichte von „Befolgsregeln“ und „Beurteilungsregeln“.

¹² Zum Begriff des IPR siehe nur *von Bar/Mankowski*, *IPR* I, 2003, § 1 Rn. 1 ff.; *von Hoffmann/Thorn*, *IPR*, 2007, § 1 Rn. 34 ff.; *von Hein*, in: *MüKoBGB*, 2020, Einleitung *IPR* Rn. 1; *Junker*, *IPR*, 2022, § 1 Rn. 1 ff.

seinen vertraglichen und seinen deliktischen Teil zulassen.¹³ Für das Internationale Privatrecht stellte sich insofern heraus, dass sowohl der europäische als auch der deutsche Gesetzgeber das Problem eines *dépeçage* vertraglicher und deliktischer Ansprüche aufgrund desselben Lebenssachverhalts gesehen und in der Folge bewusst geregelt haben.¹⁴ Ein *dépeçage* tritt insbesondere aufgrund des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO und des Art. 41 Abs. 2 Ziff. 1 Fall 1 EGBGB – bis auf sehr wenige Ausnahmefälle – im Internationalen Privatrecht nicht auf.¹⁵ Das Internationale Zuständigkeitsrecht in Form von Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO und §§ 29, 32 ZPO geht nach Auffassung der Rechtsprechung dagegen den umgekehrten Weg: Ein einheitlicher Lebenssachverhalt werde durch diese Vorschriften in seinen vertraglichen und seinen deliktischen Teil aufgespalten.¹⁶

Diese Erkenntnis führt zur zentralen Frage der vorliegenden Untersuchung: Wenn ein Lebenssachverhalt im Internationalen Privatrecht nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers bei Anspruchskonkurrenz nicht in seinen vertraglichen und seinen deliktischen Teil aufgespalten werden soll, muss dann im Internationalen Zuständigkeitsrecht nicht dasselbe gelten? Anders gewendet: Lässt sich – und, wenn ja, wie – der Gedanke des Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO auf Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO übertragen?¹⁷ Noch einmal anders formuliert: Ist die internationale Zuständigkeit gemäß Art. 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 Brüssel Ia-VO – aber auch jene gemäß §§ 29, 32 ZPO¹⁸ – entgegen der Rechtsprechung auf alle konkurrierenden, sich aus demselben Lebenssachverhalt ergebenden Ansprüche zu erstrecken?¹⁹ Oder stehen dieser

¹³ Vgl. zur Aktualität der Thematik nur *Mankowski*, GPR 2020, 281, 281: „Die Abgrenzung zwischen Vertrag und Delikt hat sich zu einem Brennpunkt im europäischen IZPR (und IPR) entwickelt“.

¹⁴ Zum Willen des europäischen Gesetzgebers s. u. § 6 C III 1 b bb; zum autonomen deutschen Gesetzgeber s. u. § 9 B III.

¹⁵ Zum europäischen IPR s. u. § 6 C; zum autonomen deutschen IPR s. u. § 9 B.

¹⁶ Zum europäischen Internationalen Zuständigkeitsrecht s. u. § 7 C; zum autonomen Internationalen Zuständigkeitsrecht s. u. § 10 B.

¹⁷ Diese Überlegung findet sich bereits bei *Mankowski*, in: FS Heldrich, 2005, 867, 886; *Spickhoff*, in: GS Konuralp I, 2009, 977, 991; *Kindler*, in: GS Unberath, 2015, 253, 258 f.; *Pfeiffer*, IPRax 2016, 111, 114; *Schack*, in: Kohärenz, 2016, 281, 289; *Stadtfeld*, Annexkompetenzen, 2018, S. 162 ff.; *Scraback*, Konfliktkonzentration, 2022, S. 88.

¹⁸ Siehe zu der Frage nur *H. Roth*, in: Stein/Jonas, 2014, § 1 Rn. 6 ff.; *Patzina*, in: MüKo-ZPO, 2020, § 32 Rn. 19; *Smid/Hartmann*, in: Wieczorek/Schütze, 2020, § 32 Rn. 28; *Bendtsen*, in: Saenger, 2021, § 12 Rn. 13; *Heinrich*, in: Musielak/Voit, 2022, § 32 Rn. 10 f.; *Toussaint*, in: BeckOK ZPO, 2022, § 32 Rn. 15; *Schultzky*, in: Zöller, 2022, § 12 Rn. 20 f.

¹⁹ Siehe dazu zuletzt wieder EuGH, Urt. v. 24.11.2020 – Rs. C-59/19, *Wikingerhof ./.* *Booking.com*, ECLI:EU:C:2020:950, dazu unten § 7 C IV; krit. *Kern/Uhlmann*, GPR 2021, 50, 53 ff.; *Rieländer*, RIW 2021, 103, 106 ff.; *Wendelstein*, JZ 2021, 100, 101 f.; *Spickhoff*, IPRax 2022, 476, 479 ff.; zu der Frage weiter nur *Dörner*, in: Saenger, 2021, EuGVVO